

Antrag I/2021

Unterbezirk Ostprignitz-Ruppin

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Direktanbindung des Prignitz-Express nach Berlin

1 Die SPD-Mitglieder der Landes-
2 regierung Brandenburg und die
3 SPD-Abgeordneten des Land-
4 tages Brandenburg werden
5 aufgefordert dafür einzutre-
6 ten, dass die Regionalbahn
7 Prignitz-Express noch in dieser
8 Legislaturperiode mit dem Ber-
9 liner Zentrum verbunden wird.
10 Die Strecke soll so ausgebaut
11 werden, dass der Umweg über
12 Spandau entfällt.

13

14 Begründung

15 Der Prignitz-Express RE 6 ist die
16 einzige Regionalbahn Branden-
17 burgs, die nicht direkt an Ber-
18 lin angeschlossen ist. Um nach
19 Berlin-Gesundbrunnen zu gelan-
20 gen, fährt der Zug aus Witten-
21 berge kommend derzeit einen
22 sinnlosen und weiten Umweg
23 über Falkensee und Spandau.
24 Die Fahrzeit wird damit unnö-
25 tig lang und steht in keinem
26 Verhältnis zur tatsächlichen Ent-
27 fernung zwischen Einstiegs- und
28 Ausstiegsbahnhof. So verbringen

29 zum Beispiel Pendler*innen, die
30 zwischen Neuruppin und dem
31 Berliner Zentrum zur Arbeit fah-
32 ren, täglich bis zu drei Stunden in
33 der Bahn.

34 Seit Jahren sind die Bemühungen
35 aus den betroffenen Landkreisen
36 groß, diese Situation zu verbes-
37 sern. Jedoch hat die Branden-
38 burger Landesregierung bislang
39 keine verbindlichen Schritte un-
40 ternommen, den dringend not-
41 wendigen Ausbau des Prignitz-
42 Express anzugehen.

43 Allein die Überprüfung eines
44 möglichen Ausbaus der Stre-
45 cke wurde in Aussicht gestellt
46 (Aufnahme in das Planungsver-
47 fahren „i2030“). Eine zeitliche
48 Planung dafür, wann der RE
49 6 über Hennigsdorf direkt ins
50 Berliner Zentrum fahren wird,
51 gibt es hierbei nicht. Ins Stocken
52 geraten ist auch die angekün-
53 digte Planung dafür, den RE 6
54 im Halbstunden-Takt über Span-
55 dau verkehren zu lassen. Eine
56 Verkürzung der Fahrtzeit würde
57 hiermit gleichwohl noch nicht
58 einhergehen.

59 Vor diesem Hintergrund wächst
60 die Sorge im Land, dass der Aus-
61 bau der Strecke von der Bran-
62 denburger Landesregierung wei-

63 ter auf ungewisse Zeit verscho-
64 ben wird. Für Fahrgäste und vor
65 allem die wachsende Zahl der
66 Pendler*innen ist eine Verbesse-
67 rung der Situation nicht in Sicht.